

01•2023

WEIT blick



International

Magazin für humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit



VERGESSENE KRISEN

Die Vertreibung der Rohingya in Myanmar, Menschenrechtsverletzungen in Mittelamerika und dramatische Folgen des Klimawandels im Südsudan – viele Krisen in der Welt spielen sich weitgehend unbeobachtet ab. Wir wollen diese „vergessenen Krisen“ wieder stärker in den Fokus rücken.

EDITORIAL

Liebe Freundinnen und Freunde,

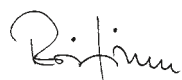
die Erdbeben in der türkisch-syrischen Grenzregion haben uns alle tief bewegt. Die Auswirkungen sind verheerend und betreffen Millionen von Menschen, die ihr Zuhause und ihre Lebensgrundlagen verloren haben. Gemeinsam mit unseren Kooperationspartnern Volkshilfe Österreich und Solidar Suisse sowie fünf lokalen Partnerorganisationen leistet AWO International wichtige humanitäre Hilfe vor Ort und unterstützt betroffene Familien beispielsweise mit Nothilfepaketten. Herzlichen Dank für die große Solidarität und Spendenbereitschaft, die unsere Nothilfprojekte in der Türkei und in Syrien ermöglichen.

Leider sind humanitäre Krisen oft schnell vergessen, wenn sie nicht mehr in den Schlagzeilen stehen. Ohne mediale Aufmerksamkeit fehlt es an Spenden und Unterstützung, was dazu führt, dass Krisen nicht gelöst werden und die Menschen vor Ort immer weniger Hilfe erhalten. In Fällen von lang anhaltenden Krisen mit geringer medialer Aufmerksamkeit sprechen wir von „vergessenen Krisen“. Beispiele dafür sind die Situation der Rohingya in Bangladesch, wo über eine Million Menschen in Flüchtlingslagern leben und dringend humanitäre Hilfe benötigen, oder die humanitäre Krise im Libanon, die durch die politische Instabilität und die Wirtschaftskrise verschärft wird.

Gemeinsam mit dem Auswärtigen Amt und über 30 Hilfsorganisationen beteiligen wir uns an der Gemeinschaftskampagne #IndenFokus, um „vergessene Krisen“ wieder stärker in den Fokus der Öffentlichkeit zu rücken. Wir hoffen auf Ihre Unterstützung, um gemeinsam mehr Aufmerksamkeit und Hilfe für die Menschen in Krisengebieten zu schaffen.

Vielen Dank für Ihr Interesse an unserer Arbeit. Wir wünschen Ihnen eine angenehme Lektüre.

Herzliche Grüße,



Rudi Frick
Vorstandsvorsitzender

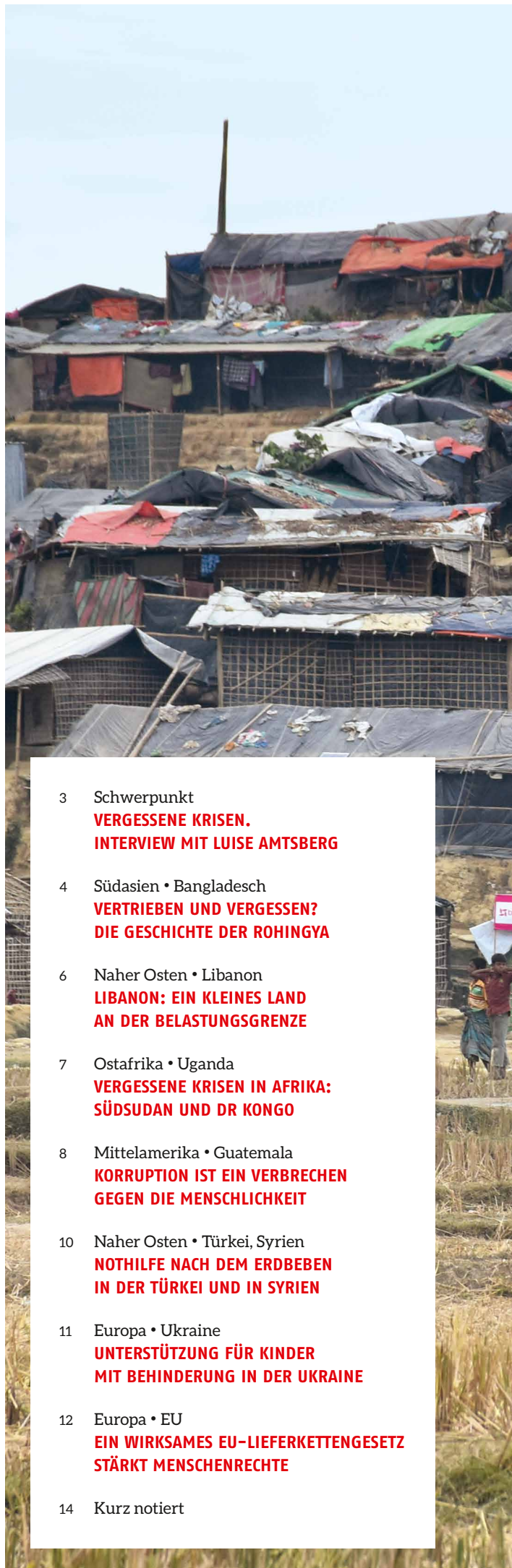


Ingrid Leberher
Geschäftsführerin



TITELBILD

Eine Frau in einem Flüchtlingslager in Bangladesch. Wie Hunderttausend andere Rohingya musste sie aus Myanmar fliehen.



- 3 Schwerpunkt
**VERGESSENE KRISEN.
INTERVIEW MIT LUISE AMTSBERG**
- 4 Südasien • Bangladesch
**VERTRIEBEN UND VERGESSEN?
DIE GESCHICHTE DER ROHINGYA**
- 6 Naher Osten • Libanon
**LIBANON: EIN KLEINES LAND
AN DER BELASTUNGSGRENZE**
- 7 Ostafrika • Uganda
**VERGESSENE KRISEN IN AFRIKA:
SÜDSUDAN UND DR KONGO**
- 8 Mittelamerika • Guatemala
**KORRUPTION IST EIN VERBRECHEN
GEGEN DIE MENSCHLICHKEIT**
- 10 Naher Osten • Türkei, Syrien
**NOTHILFE NACH DEM ERDBEBEN
IN DER TÜRKEI UND IN SYRIEN**
- 11 Europa • Ukraine
**UNTERSTÜTZUNG FÜR KINDER
MIT BEHINDERUNG IN DER UKRAINE**
- 12 Europa • EU
**EIN WIRKSAMES EU-LIEFERKETTENGESETZ
STÄRKT MENSCHENRECHTE**
- 14 Kurz notiert



„UNSER WOHLSTAND HAT EINEN PREIS, DAMIT MÜSSEN WIR UNS AUSEINANDERSETZEN.“

Interview mit Luise Amtsberg, der Beauftragten der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und humanitäre Hilfe sowie Schirmherrin der Kampagne „Vergessene Krisen“.

Sie waren vor Kurzem im Libanon – was waren Ihre Eindrücke vor Ort, gerade auch im Vergleich zu früher, etwa 2015/2016?

Ich habe das Land nicht wiedererkannt. Ich wusste, dass es dem Libanon nicht gut geht. Dass die Unterschiede zu vor sieben Jahren jedoch so eklatant sind, hätte ich nicht erwartet. Bereits 2015/2016 war die soziale Lage nicht einfach. Es war eine enorme Herausforderung für den Libanon, durch die Aufnahme von syrischen Geflüchteten fast ein Viertel seiner Bevölkerung hinzuzubekommen.

Wie ist die Lage heute?

Das Land steht am Rand eines Kollapses; man kann sogar sagen, es kollabiert vor unseren Augen. Es gibt extreme Misswirtschaft und staatliche Korruption. Die Währung hat in kürzester Zeit 95 Prozent ihres Wertes verloren. Über 70 Prozent der Menschen leben in Ernährungsunsicherheit und wären auf externe Hilfe angewiesen, zum Beispiel des Welternährungsprogramms. Die medizinische Versorgung ist mehr als mangelhaft, Richter streiken, und seit Beginn des Jahres sind die staatlichen Schulen geschlossen. Hinzu kommt das politische Vakuum: Seit November 2022 regiert die alte Regierung im Übergang, weil es dem neuen Parlament nicht gelingt, sich auf einen neuen Präsidenten zu einigen.

Welche Lösungen sehen Sie?

Es ist nicht einfach, in einem Land, in dem so viel Misswirtschaft und Korruption herrscht, aktiv zu sein. Deutschland unterstützt die Menschen im Libanon deshalb vor allem durch die humanitären Organisationen und NGOs vor Ort. Was sehr wichtig ist, gerade bei Krisen, die nicht so im Fokus stehen: Man muss eine verlässliche Finanzierung erreichen.

Wie kann man diese und andere vergessene Krisen stärker in den Fokus rücken?

Ich finde, man sollte sich zunächst fragen, warum es Krisen nicht ins öffentliche Bewusstsein schaffen. Häufig ist das der Fall, wenn kein unmittelbarer Zusammenhang zu uns oder unserem Handeln gesehen wird. Dabei lohnt es sich, genau hinzusehen. Zum Beispiel die Klimakrise und ihre Auswirkungen auf Länder wie den Südsudan. Oder Bangladesch und die Bekleidungsindustrie. Man muss sich in westlichen Industrienationen die Frage stellen: Wie hoch ist der Preis unseres Wohlstandes? Auf wessen Kosten geht er? Schadet unser Konsumverhalten anderen auf der Welt? Ich würde sagen: Ja. Und daraus ergibt sich eine Art Verursacher- und Verantwortungsprinzip. Zu dieser Verantwortung gehört auch, sich selbst zu fragen, was wir verbessern können. Ein gutes Beispiel ist das Lieferkettengesetz. Dieses hat das Potenzial, dass wir durch klare Regeln in Deutschland Missständen andernorts begegnen. Diese Zusammenhänge herzustellen, ist die Grundlage dafür, vergessene Krisen in den Fokus zu rücken.

Das Interview führte Christian Selberr für missio München im Rahmen der Gemeinschaftskampagne „Vergessene Krisen“ des Auswärtigen Amtes, an der auch AWO International beteiligt ist.





Seit 2017 haben wir gemeinsam mit lokalen Partnern bereits fünf Nothilfe-projekte in den Rohingya-Geflüchtetenlagern in Bangladesch durchgeführt.

VERTRIEBEN UND VERGESSEN? DIE GESCHICHTE DER ROHINGYA

Die Rohingya, eine staatenlose Minderheit in Myanmar, werden seit Jahrzehnten unterdrückt und verfolgt. Im August 2017 zwang ein Ausbruch massiver Gewalt im Rakhine-Staat in Myanmar Hunderttausende Rohingya zur Flucht aus ihrer Heimat. Heute, über fünf Jahre später, leben immer noch über eine Million Rohingya-Geflüchtete in Notunterkünften nahe Cox's Bazar im benachbarten Bangladesch. Die Krise hat sich zu einer langwierigen Notlage entwickelt. Welche zentralen Probleme bestehen aktuell vor Ort – und wie sehen die Zukunftsperspektiven der Rohingya aus? Wir haben mit Shuranjit Barman gesprochen, Programmleiter der Projekte in den Rohingya-Geflüchtetenlagern unserer Partnerorganisation Gana Unnayan Kendra (GUK).

Aktuell setzt GUK in den Rohingya-Geflüchtetenlagern ein Projekt zur Prävention von geschlechtsspezifischer Gewalt um. Hauptbestandteil des Projektes sind Sensibilisierungsveranstaltungen und Schneidereischulungen in sogenannten „Women Led Community Centers“. Dort werden auch psychosoziale Beratungen angeboten. AWO International unterstützte GUK in der Vergangenheit bei verschiedenen Nothilfe- und Katastrophenvorsorgeprojekten in den Flüchtlingslagern rund um Cox's Bazar. Außerdem führen wir aktuell gemeinsam mit GUK im Norden von Bangladesch ein Projekt im Bereich Klimaresilienz und Katastrophenvorsorge durch.

AWO International: Seit über fünf Jahren arbeiten Sie bereits in den Rohingya-Flüchtlingslagern. Was hat sich seitdem verändert?

Shuranjit Barman: Zu Beginn der Krise ging es um die Akutversorgung der Geflüchteten. Die Bemühungen, die Bedingungen in den Lagern zu verbessern, waren unübersehbar. Doch mittlerweile haben sich mehrere Herausforderungen aufgetan, welche mit einer zunehmenden Ungewissheit über die Zukunft und dem verwehrten Zugang zu Bildungs- und Lebensunterhaltungsmöglichkeiten zusammenhängen. Von Beginn an hat die Regierung von Bangladesch den Aufenthalt der Rohingya als vorübergehend betrachtet und auf die Rückführung nach Myanmar als einzige Lösung bestanden. Die Menschen dürfen nach wie vor weder arbeiten noch die Lager ohne ausdrückliche Erlaubnis verlassen.



Shuranjit Barman (Mitte, weißes Hemd) leitet bei unserer Partnerorganisation GUK die Projekte in den Rohingya-Geflüchtetenlagern in Bangladesch.



Verteilung von Nothilfepaketen an Rohingya in Bangladesch.

AWO International: Welche zentralen Probleme hängen damit zusammen?

Shuranjit Barman: Inoffiziell haben einige Rohingya in den Lagern Geschäfte eröffnet. Andere haben Wege gefunden, um als Tagelöhner*innen auf den nahe gelegenen Feldern zu arbeiten. Dadurch entstanden jedoch auch Spannungen zwischen den Geflüchteten und der Aufnahmegemeinschaft, und die Sicherheitslage verschlechterte sich. Gewalt, Raub, Drogen- und Menschenhandel sind Probleme, die wir vermehrt beobachten. Die Bevölkerung wächst und wächst, doch es gibt keine Möglichkeiten für die Menschen, ihre Lebensgrundlagen zu verbessern. Viele Frauen sind von häuslicher Gewalt und sexuellem Missbrauch betroffen. Auch die Zahl von Kinderheiraten ist gestiegen.

AWO International: Mit welchen Herausforderungen sind die NGOs vor Ort konfrontiert?

Shuranjit Barman: Die Medienaufmerksamkeit richtet sich größtenteils auf andere Krisen. Den Organisationen vor Ort stehen nicht mehr genügend Mittel zur Verfügung. Rohingya-Frauen und -Mädchen berichten immer wieder, dass sie sich unsicher und nicht unterstützt fühlen. Zu einer Zeit, in der die Schutzprogramme ausgeweitet werden sollten, bedeuten die Mittelkürzungen, dass viele Organisationen gezwungen sind, ihre Schutzprogramme einzuschränken. Vor Ort bedeutet dies weniger frauenfreundliche Räume und weniger Lernmöglichkeiten für Mädchen. Hinzu kommt, dass Projekte, die sich der

Kompetenzentwicklung oder der Adressierung geschlechtsspezifischer Gewalt widmen, oft nur für sechs Monate bis maximal ein Jahr durch die lokale Regierung genehmigt werden. Das ist nicht genug, um nachhaltige Effekte zu erzielen. Außerdem erschweren die Auswirkungen des Klimawandels die Arbeit vor Ort. In

den trockenen Monaten kommt es oft zu Bränden in den Lagern. Im Sommer überflutet der Monsunregen die Unterkünfte und verursacht lebensbedrohliche Erdbeben. Die Vermittlung und Umsetzung von Katastrophenschutzmaßnahmen in derart großen Lagern ist eine enorme Herausforderung.

AWO International: Wie sehen die Zukunftsperspektiven für die Geflüchteten aus? Gibt es Aussichten auf eine Rückkehr nach Myanmar?

Shuranjit Barman: Die Mehrheit der Familien will zurück nach Myanmar. Doch die Konflikte in Rakhine und die

dort fortgesetzte Repression gegen die ethnische und religiöse Minderheit machen eine sichere Rückkehr der Rohingya in ihre Heimat in naher Zukunft unwahrscheinlich. Daher ist die Ausweitung des Zugangs zu hochwertiger Bildung und der Möglichkeiten zur Sicherung des Lebensunterhalts momentan der einzige Weg, um die Abhängigkeit von internationaler Hilfe zu verringern und der zunehmenden Verzweiflung der Rohingya entgegenzuwirken.

Das Interview führte Linda Römer für AWO International.



Hassan (rechts) ist zusammen mit seiner Familie aus Syrien geflohen. Seine Mutter Faida (links) ist sehr dankbar für die physiotherapeutische Unterstützung unserer Partnerorganisation.

LIBANON: EIN KLEINES LAND AN DER BELASTUNGSGRENZE

Der Libanon erlebt die schlimmste sozio-ökonomische Krise seit Jahrzehnten. Das Land leidet unter einer anhaltenden politischen und wirtschaftlichen Krise, die durch die Covid-19-Pandemie und die Explosion im Hafen von Beirut im August 2020 noch verschärft wurde. Die Inflation lag im Februar 2023 bei 98 Prozent und die Arbeitslosigkeit ist auf Rekordhöhe gestiegen, wodurch immer mehr Menschen unter Armut und Hunger leiden. Gleichzeitig beherbergt der Libanon im weltweiten Vergleich die höchste Zahl von Geflüchteten pro Kopf. AWO International unterstützt syrische Geflüchtete und vulnerable palästinensische und einheimische Familien im Libanon seit Jahren über das Projekt „Gesundheit auf Rädern“.

Die anhaltende Krise in der Region, insbesondere die Aufnahme von mehr als 1,5 Millionen syrischen Geflüchteten im Land, hat die humanitäre Krise im Libanon weiter verschärft. Die meisten Geflüchteten leben in der Bekaa-Region. Felix Neuhaus, Leiter der humanitären Hilfe bei AWO International, besuchte dort drei der fünf unterstützten Flüchtlingsiedlungen: „Die Geflüchteten leben hier in informellen Camps unter ärmsten Bedingungen. Viele sind traumatisiert. Sie haben kein Land, um etwas anzubauen, dürfen offiziell nicht arbeiten, haben keinen geregelten Zugang zu Gesundheit und Bildung und müssen für die Miete ihrer Zelte selbst aufkommen. Die ökonomische Situation der einheimischen Fami-

lien in der Umgebung ist kaum besser. In der Corona-Zeit war die Situation besonders schwierig. Damals unterstützten wir 1000 Familien mit Hygiene- und Nahrungspaketen.“

Zusammen mit der Volkshilfe Österreich sowie unserer lokalen Partnerorganisation Mousawat fördern wir die Gesundheit, aber auch die Entwicklung und Mobilität von Kindern mit Behinderungen. In einem zu einer mobilen Klinik umgebauten Krankenwagen besucht ein Team aus Ärztinnen, Neurologen, Pflegefachkräften, Physiotherapeuten und Psychotherapeutinnen die Familien und ermöglicht ihnen dadurch Zugang zu Behandlungen, Medikamenten und Hilfsmitteln wie Gehhilfen und Prothesen. Zusätzlich werden Maßnahmen umgesetzt, um die Integration und Inklusion von Menschen mit Behinderungen in der Gemeinde, in Kindergärten und in Schulen zu fördern.

In einer informellen Zeltsiedlung nahe Bar Elias lebt Faida mit ihren beiden Söhnen und ihrem Mann. Bereits 2012 sind sie aus dem syrischen Baalbek geflüchtet. Ihr Mann findet gelegentlich Arbeit als Tagelöhner. Faida erzählt von der Entwicklung ihres fünfjährigen Sohnes Hassan: „Als wir hierherkamen, konnte Hassan weder

sitzen noch gehen und nicht richtig sprechen.“ Mousawat führte neurologische Untersuchungen durch, mobilisierte das Kind mit Stützbandagen, Gehhilfen und Physiotherapien und verbesserte die kognitiven Fähigkeiten durch eine Psychotherapie, die zur Corona-Zeit online fortgesetzt wurde. „Hassan kann sich nun selbstständig fortbewegen, sitzen und nach Dingen greifen. Mousawat hilft, ihn in einen Kindergarten zu integrieren. Wir sind so glücklich!“, so seine Mutter.

”

Zusammen mit der Volkshilfe Österreich sowie unserer lokalen Partnerorganisation Mousawat fördern wir die Gesundheit, aber auch die Entwicklung und Mobilität von Kindern mit Behinderungen.

“

Eine weitere Komponente des Projektes sind Sensibilisierungsmaßnahmen. Zum Beispiel bauten die Mitarbeiter*innen von Mousawat Selbsthilfegruppen auf, um in den Camps ohne ärztliche Versorgung schnell Erste Hilfe zu leisten und den Alltag von Menschen mit Behinderungen zu verbessern. So können betroffene Familien sich gegenseitig unterstützen, und Menschen mit Behinderungen werden mehr in das alltägliche Leben mit einbezogen. AWO International unterstützt das Projekt seit Januar 2020. Bisher profitierten 770 Menschen direkt und 3750 Menschen indirekt. Aktuell werden 62 Menschen psychologisch und 67 Menschen neurologisch und physiotherapeutisch begleitet.

Felix Neuhaus und Miriam Druba

VERGESSENE KRISEN IN AFRIKA: SÜDSUDAN UND DR KONGO

Tausende Menschen werden aus ihrer Heimat vertrieben, lassen Hab und Gut und oft auch Angehörige zurück, um ihr Leben zu retten. Uganda ist aufgrund der Lage, der relativen Stabilität und der großzügigen Flüchtlingspolitik das bevorzugte Zielland für die Geflüchteten aus dem Südsudan und der Demokratischen Republik Kongo. Mit 1,5 Millionen Flüchtlingen ist Uganda Afrikas größtes Aufnahmeland und steht vor einer nie dagewesenen Finanzierungskrise.

Die Demokratische Republik (DR) Kongo und die Republik Südsudan gehören zu den ärmsten Ländern der Welt. Die Ausbeutung durch Kolonialmächte wirkt sich bis heute negativ auf die Länder aus. So wurden beispielsweise Grenzen willkürlich und ohne Rücksicht auf kulturelle Gemeinsamkeiten gezogen und ethnische Gruppen gegeneinander ausgespielt. Dies hat dazu beigetragen, dass der Südsudan und die DR Kongo zu den instabilsten und konfliktreichsten Regionen der Welt gehören. Während die Krise in der DR Kongo vor allem im Osten des Landes, im Grenzgebiet zu Uganda, besonders ausgeprägt ist, sind die Konflikte im Südsudan über das ganze Land verteilt.

Aktuell sind in der DR Kongo über 5 Millionen Menschen als Binnenvertriebene erfasst. Insgesamt benötigen 27 Millionen Menschen humanitäre Hilfe. Der Osten des Landes ist von der seit Jahrzehnten andauernden Krise besonders stark betroffen. Das ist vor allem auf den bewaff-

neten Konflikt zwischen Rebellen der Bewegung „23. März“ und den Streitkräften der DR Kongo zurückzuführen, unter dem die Zivilbevölkerung stark leidet. Zusätzlich zur Gewalt schwächen Naturkatastrophen und Krankheitsausbrüche wie Ebola, Cholera und COVID-19 die Widerstandsfähigkeit der Bevölkerung in den Konfliktgebieten. Viele Menschen können ihre Ernährung nicht sichern und hungern. Für viele Menschen ist eine Flucht die einzige Option, der Dauerkrise in der DR Kongo zu entkommen und ihr Überleben zu sichern.

Im Südsudan haben sich die mit der Unabhängigkeit 2011 verbundenen Hoffnungen auf ein friedliches Leben nach Jahrzehnten des Bürgerkriegs für die meisten Menschen nicht erfüllt. Im Gegenteil: Politische Konflikte und Feindseligkeiten brachen nach kurzer Zeit wieder aus, wobei ethnische Unterschiede seit jeher zur Austragung politischer Machtkämpfe missbraucht werden. Die unübersichtliche Lage sowie die Schwäche des Staates rufen kriminelle Gruppen auf den Plan, die marodierend durchs Land ziehen und die Bevölkerung zusätzlich terrorisieren. Dörfer werden geplündert und abgebrannt. Familien werden mit Waffengewalt gezwungen, ihr Vieh und ihre Felder aufzugeben und zu fliehen. Daneben zwingen oft auch

Naturkatastrophen wie Heuschreckenplagen, Dürren und Fluten die Menschen zum Verlassen ihrer Dörfer. Der Weg in sicherere Gebiete innerhalb des Landes oder in Nachbarländer ist entbehrungsreich und oft lebensgefährlich. Nach Zahlen der Vereinten Nationen leben im Südsudan aktuell 2 Millionen Binnenvertriebene, 2,3 Millionen Menschen haben Zuflucht in Nachbarländern wie Uganda gesucht, wo sie in Lagern leben und ebenso von internationaler Hilfe abhängig sind.

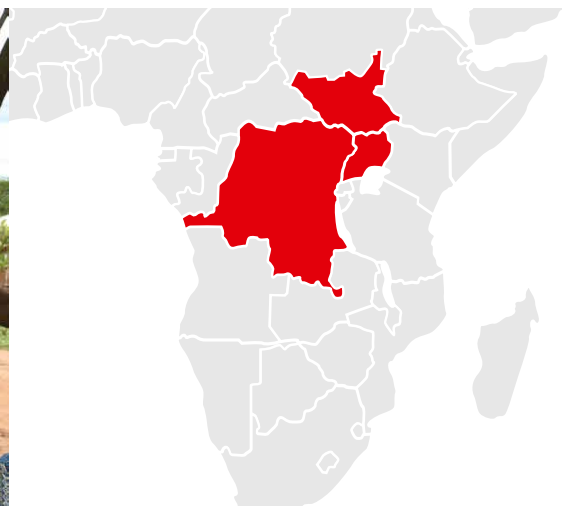
Die humanitäre Lage in den beiden Ländern ist nach wie vor prekär, ein Ende der Krisen nicht absehbar. Es werden dringend Gelder benötigt, um internationale

„
Es werden dringend Gelder benötigt, um internationale und lokale Organisationen bei der Hilfe für die Bedürftigsten zu unterstützen.“

und lokale Organisationen bei der Hilfe für die Bedürftigsten zu unterstützen. Leider sind finanzielle Mittel seit Jahren rückläufig, und viele Organisationen müssen ihre Leistungen an die Hilfebedürftigen immer weiter kürzen. Gemeinsam mit vier lokalen NGOs unterstützt AWO International Geflüchtete aus der DR Kongo und dem Südsudan in ugandischen Flüchtlingslagern. Unser Fokus liegt auf der Verbesserung der Lebensbedingungen für Geflüchtete und Einheimische, indem Ernährung, Einkommen und sozialer Zusammenhalt gestärkt werden.

Barbra Kurangi und Kerstin Grimm

Zusammen mit unserer ugandischen Partnerorganisation COVOID unterstützen wir Geflüchtete aus dem Südsudan in Uganda.



KORRUPTION IST EIN VERBRECHEN GEGEN DIE MENSCHLICHKEIT

Über die Verfolgung und Verdrängung von Jurist*innen in Guatemala.

Ein Gastbeitrag

Am 3. November 2022 verließ der guatemaltekische Jurist Miguel Ángel Gálvez sein Land. Ein unbestechlicher Richter, der damit mehr als 30 ins Exil gedrängten Richter*innen und Staatsanwält*innen seines Landes folgte. Er war für landesweit bekannte Strafverfahren verantwortlich, in denen es um die Sanktionierung schwerster Menschenrechtsverbrechen während des Bürgerkrieges und um prominente Korruptionsvergehen ging. Beispiele sind die Verfahren wegen Völkermords gegen den ehemaligen Militärdiktator Ríos Montt oder der „La Línea“-Fall, bei dem es um systematische Korruption beim staatlichen Zoll und in einem Containerhafen ging. Dieser Fall führte zum Sturz des damaligen Präsidenten Otto Pérez Molina und seiner Stellvertreterin Roxana Baldetti. Unabgeschlossen hinterlassen musste Gálvez den Fall der sogenannten Armee-Tagebücher, bei dem es um die Ahndung von Mord, Entführung und Folter durch Armeeangehörige geht.



Miguel Ángel Gálvez



Migrantinnen haben das Recht, ohne Angst und Gewalt zu leben.



Unser Ausbildungsprogramm: Junge Erwachsenen stellen sich gegenseitig die Geschäftspläne für ihre Kleinunternehmen vor.

Die ersten Monate seines Exils verbrachte Richter Gálvez in Deutschland. Dort gab es Gelegenheit zu einem Interview, in dem er Einblicke in die Menschenrechtslage in Guatemala gab. „Ich bin seit rund 23 Jahren Strafrichter. Meine ersten Berufserfahrungen sammelte ich im Landesinneren, wo ich auch erste Berührung mit organisierter Kriminalität erlebte und wie sie die Gesellschaft durchsetzt, insbesondere im Militär und der Politik“, erzählt Gálvez im Interview: „Danach wurde ich als Untersuchungsrichter nach Guatemala-Stadt versetzt, später an ein Tatgericht und schließlich an die Gerichte mit erweiterter Kompetenz berufen, deren Einrichtung die Internationale Kommission gegen die Straflosigkeit in Guatemala angestoßen hatte.“

„Die Hintergründe der heutigen Situation reichen weiter zurück“, berichtet der Menschenrechtsanwalt: „Zunächst ist der bewaffnete Konflikt zu nennen, den Guatemala seit 1960 erlebte und 1996 mit einem Friedensabkommen beendete. In diesem Kontext richteten die Vereinten Nationen die MINUGUA-Mission ein, die ebenso wie die Friedensverträge immer wieder darauf hinwies, dass innerhalb des Staates Parallelstrukturen existieren, vor allem in Justiz und Staatsanwaltschaft sowie in der Polizei. Bereits damals wurde also davon ausgegangen, dass die Armee die genannten Institutionen unterwandert hat und praktisch kontrolliert. Vor diesem Hintergrund ging Guatemala nach Ende von MINUGUA die Verpflichtung ein, mit internationaler Unterstützung eine Kommission mit der spezifischen Aufgabe einzurichten, diese kriminellen Strukturen zu zerschlagen. Diese Kommission wurde 2006 vom damaligen Präsidenten Óscar Berger und dem UN-Generalsekretär als Kommission gegen die Straflosigkeit in Guatemala (CICIG) auf den Weg gebracht.“

Die CICIG hatte die Kompetenz für eigene Untersuchungen und überwies ihre Ergebnisse für die strafrechtliche Behandlung an die nationale Staatsanwaltschaft. Darüber hinaus setzte sie wichtige Impulse für die Weiterentwicklung von Untersuchungsmethoden und des Justizwesens. Richter Gálvez war an einem der neuen, durch die CICIG angestoßenen „Gerichte hohen Risikos“ tätig, die sich mit zahlreichen Fällen organisierter Kriminalität, Kriegsverbrechen und Korruption befassten. Er berichtet, dass die Angriffe auf die CICIG, die zu ihrer Schließung 2017 führten, und auf die beteiligten Jurist*innen stark an Schärfe gewannen, als Fälle verhandelt wurden, die direkt Teile der vermögendsten Eliten Guatemalas betrafen.

Aus der Sicht von Richter Gálvez dient die Verfolgung rechtsstaatlich orientierter Jurist*innen und deren Ersatz durch den Eliten wohlgesonnene Personen der Festigung korrupter Strukturen. Der Staat habe laut der guatemaltekischen Verfassung die zentrale Rolle, einen sozialen Ausgleich innerhalb der Bevölkerung zu schaffen. Derzeit werden stattdessen aber staatliche Funktionen für Korruption und persönliche Bereicherung genutzt. Gálvez ist überzeugt, dass Korruption bisher strafrechtlich unterschätzt wird und international als Verbrechen gegen die Menschlichkeit geächtet gehört.

))

Aus der Sicht von Richter Gálvez dient die Verfolgung rechtsstaatlich orientierter Jurist*innen und deren Ersatz durch den Eliten wohlgesonnene Personen der Festigung korrupter Strukturen. Der Staat habe laut der guatemaltekischen Verfassung die zentrale Rolle, einen sozialen Ausgleich innerhalb der Bevölkerung zu schaffen. Derzeit werden stattdessen aber staatliche Funktionen für Korruption und persönliche Bereicherung genutzt.

((

Die massive Einschüchterung der Justiz wirkt sich inzwischen auch direkt auf die bevorstehenden Präsidentschafts- und Abgeordnetenwahlen aus. Als im März 2023 die Frist für die Registrierung der Kandidat*innen auslief, waren sämtliche ernsthaften Optionen für Korruptionsbekämpfung ausgeschlossen worden. Der guatemaltekische Weg zu Rechtsstaat und sozialer Gerechtigkeit bleibt weit.

*Danuta Sacher, langjährige
Entwicklungsarbeiterin im Ruhestand*

Nach dem Korruptionswahrnehmungsindex von Transparency International lag Guatemala im Jahr 2022 auf Platz 150 von 180 gelisteten Ländern. Die EU-Kommission verabschiedete bereits im April 2022 eine Resolution, in der sie ihre Besorgnis über den Abbau rechtsstaatlicher Prinzipien in Guatemala sowie über Prozesse gegen Anwalt*innen und Richter*innen äußerte, die kriminelle Netzwerke im Umfeld von hohen Beamt*innen und Unternehmer*innen untersuchen. Aktuell ist weiterhin keine Trendwende in Sicht.

Gemeinsam mit lokalen Partnerorganisationen setzen wir uns für sichere Migration und gegen Menschenrechtsverletzungen in Mittelamerika und Mexiko ein. Angehörige von Migrant*innen, Menschen auf der Flucht und (un-)freiwillige Rückkehrer*innen finden in den Projekten durch die Gründung von Kleinunternehmen, durch Selbsthilfegruppen und psychologische Unterstützung Räume für Empowerment und Bleibeperspektiven.





Serdar Yüksel (Mitte), stellv. Vorsitzender von AWO International und Mitglied des Vorstands des AWO KV Bochum besuchte bereits zwei Mal die Erdbebengebiete in der Türkei und koordinierte vor Ort u. a. die Verteilung von Nothilfepaketten.

NOTHILFE NACH DEM ERDBEBEN IN DER TÜRKEI UND IN SYRIEN

In der türkisch-syrischen Grenzregion kam es am 6. Februar zu zwei schweren Erdbeben mit Tausenden Nachbeben. Mehr als 50 000 Menschen sind dabei ums Leben gekommen, 26 Millionen Menschen sind betroffen. Das Erdbeben gehört zu einem der verheerendsten und tödlichsten Beben weltweit seit mehr als einem Jahrzehnt. Gemeinsam mit fünf lokalen Partnerorganisationen leisten wir humanitäre Hilfe und unterstützen über 40 000 Menschen bei der Deckung ihrer dringendsten Bedarfe.

In der Türkei leben rund 12 Millionen Menschen in den vom Erdbeben betroffenen Gebieten, darunter 2 Millionen Geflüchtete aus Syrien. Der Bedarf an humanitärer Hilfe ist riesig. Gemeinsam mit unserem Kooperationspartner Solidar Suisse und den beiden lokalen Partnerorganisationen Syrian Women's Network und Zero Discrimination Association (ZDA) leisten wir Nothilfe in der Türkei. Das Syrian Women's Network besteht aus 21 Frauenrechtsorganisationen in der Türkei und in Syrien. Der Schwerpunkt des gemeinsamen Nothilfprojektes liegt auf der Verteilung von Hilfsgütern im Südosten der Türkei. Unsere zweite Partnerorganisation in der Türkei, ZDA, legt einen besonderen Fokus auf die von Diskriminierung betroffene Roma-Bevöl-

kerung in den türkischen Erdbebengebieten und versorgt diese mit Hilfsgütern wie Lebensmitteln, Zelten und Decken. Zudem erhalten besonders gefährdete Roma-Familien finanzielle Unterstützung. Neben den Projekten mit lokalen Partnerorganisationen unterstützt AWO International Nothilfmaßnahmen des AWO Kreisverbands Bochum, wodurch auch 550 Lebensmittelpakete in der stark vom Erdbeben betroffenen Stadt Adiyaman verteilt werden konnten.

„Für die betroffenen Menschen im nördlichen Syrien ist die Naturkatastrophe besonders dramatisch“, berichtet Felix Neuhaus, Leiter der humanitären Hilfe bei AWO International: „Aufgrund des seit zwölf Jahren andauernden Krieges ist das Land stark geschwächt, das Gesundheitssystem ohnehin sehr belastet. Viele Gebäude waren durch den langen Krieg vorher bereits instabil, weshalb in manchen Regionen ganze Stadtviertel eingestürzt sind.“ In Syrien unterstützen wir gemeinsam mit unserem Kooperationspartner Volkshilfe Österreich und zwei lokalen Partnerorganisationen 1000 vom Erdbeben betroffene Familien. Neben der

Verteilung von Lebensmittel- und Hygienepaketten ist auch die Bereitstellung psychosozialer Unterstützung und ein Projekt zur Unterstützung von Menschen mit Behinderungen geplant. Rund um Azaz und Afrin sind provisorische Notlager eingerichtet worden. Die meisten Menschen, die in diese Lager fliehen, kommen aus der Stadt Dchindires, die zu 80 Prozent zerstört ist. Unsere Partnerorganisation Sawaedna Suriya kümmert sich dort um die Verteilung von Nothilfepaketten. Unsere zweite Partnerorganisation in Syrien, Hiro Zentrum für Dialog und Rehabilitation, leistet Nothilfe in Scheich Masud, einem nördlichen Stadtteil von Aleppo. Die Beschaffung und der Transport von Nothilfgütern stellen Hiro vor große Herausforderun-

gen, da Scheich Masud zur kurdischen autonomen Verwaltungszone gehört und die Einfuhr von Hilfsgütern von der syrischen Regierung teilweise blockiert und verzögert wird. Um trotzdem schnell zu helfen, wurden Hilfsgüter zunächst auf den lokalen Märkten eingekauft.

Miriam Druba

„
Für die betroffenen Menschen im nördlichen Syrien ist die Naturkatastrophe besonders dramatisch.

“

UNTERSTÜTZUNG FÜR KINDER MIT BEHINDERUNG IN DER UKRAINE

Seit über 14 Monaten herrscht Krieg in der Ukraine – das bedeutet 14 Monate Unsicherheit, Angst und Schrecken auch für alle Kinder. Seit 14 Monaten werden Familien auseinandergerissen und Schulen zerbombt, Kinder müssen flüchten und um ihr Leben fürchten. Alltag ist kaum möglich – immer wieder wird das gemeinsame Spielen oder der Unterricht von Luftalarm unterbrochen. Das UN-Hochkommissariat bestätigt, dass inzwischen mindestens 1478 Kinder durch russische Angriffe getötet oder verletzt wurden. Die Dunkelziffer dürfte weit höher liegen, denn viele Opfer – gerade in den umkämpften Regionen – konnten bisher noch gar nicht registriert werden.

Am härtesten trifft es die, die auf ein sicheres und gewohntes Umfeld sowie auf Unterstützung angewiesen sind. Kinder mit geistigen oder körperlichen Beeinträchtigungen sowie Kinder, die ohne Eltern aufwachsen, sind daher ganz besonders vulnerabel und benötigen dringend besonderen Schutz. AWO International unterstützt deshalb die Renovierung einer inklusiven Schule in Pryluky – einer Stadt im Norden der Ukraine. Gemeinsam

mit der ukrainischen Partnerorganisation Right to Protection (R2P) soll insbesondere der zum Schutzraum umfunktionierte Gemüsekeller der Pryluky Special School renoviert und mit einer guten Basisausstattung versehen werden.

Das sei deshalb so dringend notwendig, erklärt die zuständige Projektkoordinatorin Yevhenia Yehorova von R2P, weil die 82 Schüler*innen der Ganztageschule bei Luftalarm bisher ohne ausreichend Frischluftzufuhr und Licht oft stundenlang im Keller der Schule ausharren müssen. Der umfunktionierte Gemüsekeller ist zudem feucht und der Fußboden sowie die Wände sind nicht verputzt. Die hohe Luftfeuchtigkeit verursacht bei den

”

Kinder mit geistigen oder körperlichen Beeinträchtigungen sowie Kinder, die ohne Eltern aufwachsen, sind daher ganz besonders vulnerabel und benötigen dringend besonderen Schutz.

“

massive gesundheitliche Belastung“, erklärt Yevhenia Yehorova. Etliche Kinder seien bereits krank geworden, nachdem sie längere Zeit in dem kalten und feuchten Keller verbracht haben.

Ein sicheres Lernumfeld – gerade für die vulnerabelsten Schüler*innen – soll nun in Pryluky geschaffen werden. Neben dem Kauf von Möbeln und der Installation eines Waschbeckens ist auch die Isolierung des knapp 40 Quadratmeter großen Kellers geplant. Zudem sollen ein Belüftungssystem installiert und ausreichend Lampen angebracht werden. Die Kosten für diese Arbeiten belaufen sich auf 5250 Euro. Rund fünf bis sechs Stunden verbringen die Schüler*innen bei einem Luftalarm durchschnittlich in diesem Keller. Diese Zeit soll in Zukunft zumindest ein bisschen erträglicher werden.

„Solche ganz konkreten Projekte geben einen guten Eindruck davon, wie wichtig gelebte Solidarität mit Ukrainer*innen jetzt ist“, erklärt David Starke, Programmkoordinator bei AWO International. Ohne Spenden wäre die Renovierung des Luftschutzkellers der Pryluky Special School nämlich nicht möglich. Das gilt auch für die zahlreichen weiteren Projekte, die AWO International seit Beginn des Krieges mit insgesamt zehn Partnerorganisationen umsetzen konnte. Bereits über 140 000 Ukrainerinnen und Ukrainer konnten erreicht werden. „Das ist großartig“, erklärt David Starke und fügt dann hinzu: „Aber solange in der Ukraine Kinder nicht sicher zur Schule gehen können, werden wir weitermachen.“

Elisa Söll

David Starke, Programmkoordinator Ukraine bei AWO International, im Keller der inklusiven Schule in Pryluky.





Aktionsstand und Kaffeeverkauf im Rahmen der Fairen Woche 2022.

EUROPA • EU



EIN WIRKSAMES EU-LIEFERKETTEN-GESETZ STÄRKT MENSCHENRECHTE

Solidarität, Toleranz, Freiheit, Gerechtigkeit und Gleichheit – die Grundwerte der AWO gelten über Grenzen hinweg. Doch in globalen Lieferketten bleibt viel zu tun, um Menschenrechte zu schützen, Armut zu reduzieren und wachsende Ungleichheiten zu stoppen.

Die Europäische Union hat sich verpflichtet, Menschenrechte zu schützen und zu einer globalen nachhaltigen Entwicklung beizutragen. Angesichts weltweiter multipler Krisen sind diese Ziele wichtiger denn je. Doch viel zu oft stehen Konzerne für das Gegenteil: In unserer globalisierten Welt haben sich intransparente Lieferketten mit erheblichen negativen sozialen und ökologischen Folgen durchgesetzt. Produziert wird da, wo es am günstigsten ist, auf Kosten von Menschen und Umwelt.

Vor zehn Jahren starben bei einem Brand in der Textilfabrik Rana Plaza in Bangladesch mehr als 1000 Menschen. Doch die Standards in der Textilindustrie haben sich seitdem nur geringfügig verbessert. Fehlende Schutzmaßnahmen, Ausbeutung,

Hungerlöhne und giftige Chemikalien stehen auf der Tagesordnung. Und das nicht nur in der Textilbranche.

Nur 100 Unternehmen sind für 70 Prozent der weltweiten CO₂-Emissionen verantwortlich. Doch die Verantwortung wird meist den Verbraucher*innen in die Schuhe geschoben. Dabei sind bewusste Konsumententscheidungen durch fehlende Transparenz, Preise oder unterschiedliche Standards oft gar nicht möglich. Verbraucher*innen sollten gar nicht erst vor die Wahl gestellt werden, ob sie Produkte kaufen, in denen Menschenrechtsverletzungen stecken oder nicht. Freiwillige Maßnahmen der Unternehmen haben in der Vergangenheit wenig bewirkt. Es braucht gesetzliche Rahmenbedingungen, damit Unternehmen



Gemeinsam mit über 130 zivilgesellschaftlichen Organisationen macht sich AWO International für ein wirksames EU-Lieferkettengesetz stark.



in die Pflicht genommen werden, Menschenrechte und die Umwelt in ihren Lieferketten zu schützen.

Die Corporate Sustainability Due Diligence Directive, das sogenannte EU-Lieferkettengesetz, kann wesentlich dazu beitragen, dass Unternehmen Menschenrechte, Umwelt- und Klimaschutz achten und schädliche Praktiken beenden. Das EU-Lieferkettengesetz muss die Lücken des deutschen Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes schließen und Wettbewerbsgleichheit für alle Mitgliedsstaaten schaffen. Als drittgrößte Volkswirtschaft der Welt steht die EU in der Verantwortung für ein Lieferkettengesetz, das einen entscheidenden Beitrag zu einer nachhaltigen und global gerechten Wirtschaft leistet. Es schafft einen Standard für alle, um weltweit Menschenrechte zu stärken und die Umwelt zu schützen.

Ein wirksames EU-Lieferkettengesetz schafft mehr Verbindlichkeiten für Unternehmen, damit sie ihren menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten nachkommen. Gemeinsam mit über 130 zivilgesellschaftlichen Organisationen macht sich AWO International für ein wirksames EU-Lieferkettengesetz stark.

Mit unserem entwicklungspolitischen Bildungsangebot bieten wir Mitmach-Aktivitäten, durch die sich jede*r für ein wirksames EU-Lieferkettengesetz starkmachen kann. Kontaktieren Sie uns gerne für Material und weitere Informationen: globaleslernen@awointernational.de

Lara Röscheisen

Anforderungen an ein wirksames EU-Lieferkettengesetz

Damit das europäische Lieferkettengesetz wirksam ist, muss es mindestens diese Kriterien erfüllen:

- Es muss Unternehmen dazu verpflichten, Menschen und Umwelt entlang ihrer gesamten Liefer- und Wertschöpfungskette zu schützen. Ohne Abstufungen und Schlupflöcher.
- Es muss Unternehmen, die gegen Menschenrechte verstoßen, in die Haftung nehmen und Betroffenen endlich die Möglichkeit geben, erfolgreich auf Entschädigung zu klagen.
- Es muss Unternehmen dazu bringen, ihre Verantwortung für Umwelt- und Klimaschutz weltweit wahrzunehmen.
- Es muss die Arbeiter*innen in den Lieferketten umfassend beteiligen und besonders bedrohte Gruppen wie Frauen, Indigene, Kinder und Aktivist*innen stärken.

Nur wenn diese Elemente im EU-Lieferkettengesetz enthalten sind, kann es dazu beitragen, Menschenrechte, Umwelt und Klima zu schützen.

KURZ NOTIERT

”

Dass in der Tagesschau in der ersten Jahreshälfte 2022 den Sportergebnissen mehr als 13 Mal so viel Zeit eingeräumt wurde wie dem Hungerthema, gibt zu denken. In der Tat waren die Berichte über den Sport sogar etwas umfangreicher als über alle Staaten des Globalen Südens zusammen. Selbst über die britischen „Royals“ wurde in der Tagesschau in der ersten Jahreshälfte mehr berichtet als über den globalen Hunger.

“

Dr. Ladislaus Ludescher, in: Vergessene Welten und blinde Flecken. Die mediale Vernachlässigung des Globalen Südens.

Neue Regionalbüroleitung in Südasien

Surendra Gautam arbeitet bereits seit März 2020 als stellvertretender Leiter in unserem Regionalbüro Südasien. Seit Januar 2023 ist er Büroleiter von AWO International in Nepal. Er hat in Nepal, Neuseeland und Deutschland studiert und ist seit 17 Jahren im Bereich humanitäre Hilfe und Katastrophenvorsorge tätig.

„Was die Nothilfe betrifft, so habe ich bereits große Nothilfeinsätze wie beim Erdbeben 2015 in Nepal geleitet. Das



hat mir geholfen, Erfahrungen auf der Mega-Ebene zu sammeln“, erzählt Surendra Gautam: „Aktuell haben wir in der Region Südasien viel mit den Folgen des Klimawandels zu kämpfen. Außerdem stellt unsichere Migration ein großes Risiko für die Menschen vor Ort dar. AWO International arbeitet deshalb in Nepal, Bangladesch und Indien mit lokalen Partnerorganisationen zusammen, um sichere Migrationswege zu schaffen und durch Katastrophenvorsorge Menschenleben zu retten.“

Wir wünschen Surendra Gautam alles Gute und viel Erfolg für die neuen Aufgaben. Gleichzeitig bedanken wir uns herzlich bei der ehemaligen Büroleiterin Martina Purwins für die sehr gute Zusammenarbeit in den letzten drei Jahren.

Neuaufgabe: Gerecht einkaufen

Jedes Jahr wird in Deutschland eine Million Tonnen Kleidung entsorgt und ein Drittel unseres Essens weggeworfen. Die Produktion von Lebensmitteln und Konsumgütern verursacht immense soziale und ökologische Kosten: In vielen Ländern des Globalen Südens werden dafür Arbeits- sowie Menschenrechte verletzt und die Umwelt verschmutzt.

Die neue Auflage von unserem kritischen Konsumratgeber gibt Denkansätze und praktische Hinweise für



einen nachhaltigen Konsum im Alltag. Der bewusste Umgang mit dem eigenen Konsumverhalten ist unverzichtbar für mehr globale Gerechtigkeit. Doch um einen sozial-ökologischen Wandel zu bewirken, müssen auch strukturelle Bedingungen verändert werden. Der Ratgeber zeigt daher verschiedene Möglichkeiten auf, aktiv zu werden. Die 4. Auflage von „Gerecht einkaufen“ gibt es als PDF-Download unter www.awointernational.de/publikationen. Außerdem ist die Publikation als Printexemplar erhältlich. Bestellungen bitte per Mail an globaleslernen@awointernational.de.

Wir kommen zu Ihren Veranstaltungen

Von spannenden Projekten im Bereich der humanitären Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit bis hin zum Fairen Handel – die Arbeitsbereiche von AWO International sind global und vielfältig. Gerne machen wir auch dieses Jahr das Angebot, unsere Arbeit auf lokalen Festen und Veranstaltungen vorzustellen. So vernetzen wir uns gerne persönlich und informieren Interessent*innen über die vielfältigen Projekte der Arbeiterwohlfahrt International. Hierfür stellen wir auch



spannende Anschauungsmaterialien wie Aktionsboxen, faire Produkte und Infomaterialien in Bezug auf Globale Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit zur Verfügung.

Sie möchten Infomaterialien für Ihre Veranstaltung erhalten oder wünschen sich AWO-International-Mitarbeiter*innen oder Freiwillige vor Ort? Dann melden Sie sich gerne per Mail bei Clara Faust (clara.faust@awointernational.de).

Neue Regionalbüroleitung in Südostasien

Stefan Bepler hat zum Februar 2023 die Leitung des Regionalbüros Südostasien übernommen. Er hat Geografie studiert und arbeitete bereits seit 20 Jahren im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit mit Schwerpunkt auf Südostasien.

„Aufgrund des Klimawandels nehmen Intensität und Häufigkeit von Naturkatastrophen zu. Südostasien ist dadurch beispielsweise immer häufiger von schweren Taifunen betroffen“, erzählte Stefan Bepler vor seiner Ausreise:



„Gemeinsam mit den Partnerorganisationen vor Ort legen wir deshalb einen Schwerpunkt auf Katastrophenvorsorge und Projekte zur Anpassung an den Klimawandel. Ich freue mich auf die neuen Herausforderungen und eine gute Zusammenarbeit mit den lokalen Partnern.“

Wir wünschen Stefan Bepler einen guten Start bei AWO International und ein gutes Ankommen auf den Philippinen. Gleichzeitig freuen wir uns sehr, dass die ehemalige Büroleiterin, Kerstin Grimm, nun in unserem Aktionsbüro in Berlin die Leitung des Bereichs Entwicklungszusammenarbeit übernommen hat.

Impressum

Herausgeber:

AWO International e. V.
Blücherstr. 62/63
10961 Berlin
Tel.: 030/25 292 771
Fax: 030/25 292 571
mail@awointernational.de
www.awointernational.de

Erscheinungsweise:

zweimal jährlich,
Mitglieder und Spender*innen erhalten den weitblick kostenlos.
Auflage: 5500 Exemplare.

Verantwortlich für den Inhalt:

Ingrid Leberz

Redaktion: Miriam Druba

Bildnachweis:

immer AWO International außer:

S. 3: Marco Fischer;

S. 5 Foto 1: Gana Unnayan Kendra (GUK);

S. 8 Foto 1: Prensa Libre: Érick Ávila;

S. 8 Foto 2: Equipo de Estudios Comunitarios y Acción Psicosocial (ECAP);

S. 8 Foto 3: Comisión de Acción

Social Menonita (CASM),

S. 10: AWO KV Bochum

Layout: Marischka Lutz Grafikdesign

Lektorat: Patrick Schär/

Torat GmbH, www.torat.ch

Druck: Brandenburgische Universitäts-
druckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH
Gedruckt auf Recyclingpapier



VERGESSENE KRISEN IN DEN FOKUS RÜCKEN

Viele humanitäre Krisen stehen nicht im Fokus der Öffentlichkeit, in der Folge erhalten die betroffenen Menschen nicht genug Unterstützung. Die Logik ist simpel: Je mehr Aufmerksamkeit eine Krise erhält, desto mehr Hilfe wird für die betroffenen Menschen mobilisiert. Doch viele Krisen sind längerfristig, wie beispielsweise in Mittelamerika, Bangladesch oder im Libanon. Dank Ihrer Spende können wir auch in diesen Ländern Nothilfe leisten und Entwicklungspotenziale unterstützen, auch wenn die Krisen bereits aus den Fernsehbildern verschwunden sind.

**Spendenkonto****IBAN: DE87 3702 0500 0003 2211 00**BIC: BFSWDE33XXX
Bank für Sozialwirtschaft**Spendenstichwort:
Vergessene Krisen****online
spenden**

AWO International ist Mitglied im
Bündnis Aktion Deutschland Hilft.
Mehr unter: www.awointernational.de

Vielen Dank für Ihre Spende!